

Die Region wird zur Stadt

Herbert Beck kämpft für eine regionale Bürgerschaft

Bürgerschaftliches Engagement sollte nicht an Gemarkungslinien haltmachen. Das fordert Herbert Beck, Geschäftsführer des Kulturfonds Frankfurt/Rhein-Main. Der im Dezember 2007 gegründete Fonds will die kommunalen Grenzen überwinden und die Region als Ort für Kunst und Kultur profilieren. Das erste maßgebliche Projekt „Phänomen Expressionismus“ begann 2009 mit einer Seiltanz-Show im Bockenheimer Depot in Frankfurt und wird im nächsten Jahr mit einem Tschaikowsky-Ballett-Abend in Darmstadt enden. Ginge es nach Beck, schlüßen mehr Gesellschaften und Stiftungen diesen Weg ein und entwickelten auf diese Weise Frankfurt/Rhein-Main modellhaft zu einer „regionalen Bürgergesellschaft“.

Das ist die These, die Beck morgen Abend in die Diskussion einbringen will, wenn es auf dem Uni-Campus Westend im dritten Teil des Polytechnik-Kollegs um das Thema „Bürgergesellschaft Frankfurt/Rhein-Main – auf dem Weg zu einem neuen Selbstverständnis“ gehen wird. Veranstalter ist die Stiftung Polytechnische Gesellschaft in Kooperation mit der Goethe-Universität und dem Kulturfonds Frankfurt/Rhein-Main. Im November hatten sie das Kolleg unter der Überschrift „Bürgerschaft und Bürgerstädte“ begonnen, morgen, zum Abschluss der Reihe, soll erstmals die Region in die Überlegungen mit einbezogen werden.

Für Beck ist die Rhein-Main-Region wegen ihrer „besonderen Bedingungen“ prädestiniert, diesen Modellcharakter zu entwickeln: Es gebe in den Städten, etwa in Frankfurt oder Darmstadt, eine lange und stolze Tradition der Bürgerstiftungen wie Städel, Senckenberg oder Univer-

sität. Die Region sei darüber hinaus von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor geprägt, die hohe Bildungsabschlüsse erforderten. Damit habe die Region ein ausreichendes Potential an Personen, die sich bürgerschaftlich engagieren könnten, die „in hohem Maße als Individuen Verantwortung übernehmen wollen“.

Für Beck sind gerade Stiftungen und Gesellschaften die „vorgebildeten Gefäße“, um dieses individuelle Verantwortungsbewusstsein zu stärken. Denn dem Einzelnen böte sich nicht viel, um größere Aufgaben zu übernehmen: Stiftungen seien dagegen „erprobte Möglichkeiten“.

Beck ist überzeugt, dass die Menschen in Rhein-Main die Region längst leben, wie die großen Pendlerzahlen jeden Tag zeigen, aber auch die Besucherzahlen der Museen. Für den langjährigen Städel-Direktor ist es keine Frage, dass das Ziel der Region sei, „sich als eine gemeinschaftliche Stadt zu verstehen“: Die „Polis Frankfurt/Rhein-Main“. Regionale Stiftungen und Gesellschaften seien ein Nährboden, um eine gemeinsame Bürgerschaft zu entwickeln. Und sie könnten die Politik entlasten, dort, wo diese Defizite habe, oder „sie überhaupt nicht geeignet ist, um Lösungen zu finden“. Der Kulturfonds etwa springe ein, weil die Politik wegen der mangelnden Verfasstheit der Region nicht aktiv werden könnte.

Der Kulturfonds, der derzeit von den Städten Frankfurt und Darmstadt, den Landkreisen Hochtaunus- und Main-Taunus sowie dem Land Hessen getragen wird, soll übrigens eines Tages eine regionale Stiftung werden. Dann könnten Bürger die Arbeit unterstützen und sie in die Region hineinragen. *mch.*